

Bericht

des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 931), mit dem das Gesetz über die Burgenländische Gesundheits- und Patienten-anwaltschaft geändert wird (Zahl 19 - 569) (Beilage 958).

Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss haben den Gesetzentwurf, mit dem das Gesetz über die Burgenländische Gesundheits- und Patienten-anwaltschaft geändert wird, in ihrer 15. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 15. Oktober 2008, beraten.

Landtagsabgeordnete Anna Schlaffer wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach ihrem Bericht stellte Landtagsabgeordnete Anna Schlaffer den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Am Ende seiner Wortmeldung stellte Landtagsabgeordneter Ing. Strommer einen Vertagungsantrag.

Die Debatte wurde mit einer Wortmeldung des Landtagsabgeordneten Illedits abgeschlossen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der vom Landtagsabgeordneten Ing. Strommer gestellte Vertagungsantrag mit den Stimmen der SPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich abgelehnt.

Der Antrag der Berichterstatterin wurde mit den Stimmen der SPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Gesetz über die Burgenländische Gesundheits- und Patienten-anwaltschaft geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Eisenstadt, am 15. Oktober 2008

Die Berichterstatterin:
Anna Schlaffer eh.

Der Obmann des Rechtsausschusses
als Vorsitzender der gemeinsamen Sitzung:
Dr. Moser eh.